

# Nebrader Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Nebra.

Nr. 32

Sonnabend, den 23. April 1927.

40. Jahrgang.

## Oberschlesische Schulnot.

Der Beschluß, den der Völkerverbund nach den bekannten Vereinbarungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Völkerbund in Genf gefaßt hat, ist bisher von polnischer Seite einfach nicht ausgeführt worden. Nicht weniger wie 7000 Anmeldungen oboerschlesischer Kinder bei den deutschen Völkerverbandsstellen waren von den polnischen Schulbehörden beanstandet worden; in Genf befindet sich davon schließlich nur noch 2000 Beanstandungen übrig, die nun von dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, unter Zuziehung eines schlesischen Schulmannes noch einmal nachgeprüft werden sollen, obwohl Calonder sie schon einmal als zu Unrecht bestehend bezeichnet hatte. Die oboerschlesische Völkerverbandsjugend aber die 2000 Schulkinder ebenso zu weitem Besuch der polnischen Schule wie jene 1400 Kinder, die einer Entscheidung Calonders schon vom Dezember 1926 zufolge aus unpolnischer Herkunft zum Besuch der polnischen Schulen zugewiesen wurden, ist polnische Seite gegenüber dem Völkerverbund nicht nachgegeben. Der Völkerverbund hat sich für die polnische Sprache als Unterrichtssprache ausgesprochen, was die Kinder nach dem Wunsch der Eltern die deutsche Sprache beibehalten sollten. Der nicht gehorchte, wurde zunächst polnisch zu hohen Geldstrafen verurteilt, und zwar erfolglos diese Verurteilungen in der Hauptsache erst nach den Genfer Vereinbarungen. Vielfach wurde gerichtliche Berufung seitens der deutschen Väter dagegen eingeleitet, aber ohne jeden Erfolg, weil sie in ganzen Massen nicht bloß wiederum zu hohen Geldstrafen verurteilt, sondern teilweise die polnischen Strafen jetzt auch noch erhöht wurden. Damit gingen unter dem Druck des polnischen Völkerverbands massenhafte Arbeiter, Angestellte und Beamtenentlassungen Hand in Hand, mit weil deren Kinder deutsche Schulen besuchen. Das Ganze war schließlich schon auf die Genfer Vereinbarungen.

Noch immer befinden sich heute — trotz des schmerzlichen polnischen Druckes — 2000 Kinder im Schulstreik, aber die polnischen Behörden haben sich endlich bereit erklärt, den Erlaß von Strafbeschlüssen einzustellen und die schlesischen Straffäden niederzulassen. Die noch im Schulstreik befindlichen Kinder werden zunächst den Völkerverbandsstellen zugeführt und der schlesische Schulmann wird jeweils Sprachprüfung in den nächsten Tagen in Oberschlesien eintreffen.

Das schlimmste bei der Sache ist zunächst, daß die bisher schon gefaßten, teilweise sehr schweren polnischen und gerichtlichen Urteile überhaupt nicht befolgt sind. Das hat der Völkerverbund dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes gegenüber ausdrücklich betont. Die Entscheidung aber darüber, wer sein Kind in die deutsche Schule zu schicken berechtigt ist, hat nach wie vor nur der Präsident Calonder, der sich dabei auf das Gutachten des schlesischen Völkerverbands stützt. Schwereges haben aber alle Eltern das Recht, ihre Kinder in die Völkerverbandschulen zu schicken; wie sich Calonder gerade den Wünschen der gemischtsprachigen Eltern gegenüber verhält, bleibt abzuwarten. Die deutschen Mitglieder der Gemischten Kommission werden aber nicht alles daran setzen, daß auch die gefaßten Strafbeschlüsse getreulich werden müssen; denn sie haben einen alten Vertrag gegen die Genfer Beschlüsse, um die man sich polnischseits einfach nicht gekümmert hat. Die Völkerverbandskommission für nationale Minderheiten hat sich nun diesen polnischen Vorkäufen aber ebenbürtig gestellt und ließ es sich außerdem gefallen, daß Calonders Entscheidung vom Dezember 1926 gleichfalls anstandslos durchgeführt.

Der schwere Druck, der gerade in der Schulfrage über den deutschen Minderheiten Oberschlesiens schwebt, wird hoffentlich wenigstens etwas behoben werden; aber er ist nur ein Auschnitt aus dem trostlosen Bild, was das Kind zu blühende deutsche Schulweise von den Polen heimlich ausgerottet wird.

## Der italienisch-jugoslawische Konflikt.

Neue diplomatische Verhandlungen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist der Meinung, daß der Meinungsanstoß zwischen Paris, Berlin und London über die Frage des italienisch-jugoslawischen Zwistes auf dem diplomatischen Wege wieder aufgenommen werden wird. Anzeichen sind außer einigen Kreisen in Belgard alle Teile dem Gedanken, die Frage im Völkerverbund zur Sprache zu bringen, abgeneigt, während andererseits das Problem nicht von der Völkerverbandskonferenz in Paris geregelt werden kann, da Deutschland nicht Mitglied der Völkerverbandskonferenz ist.

## Truppen in der Peking-russischen Gesandtschaft.

Abgang einer antibolschewistischen Regierung.  
Die Kenter meinet, haben bemannete Wächter der Protokollstelle die westliche Mauer der russischen Gesandtschaftsareals besetzt. Diese Maßnahme, die in Übereinstimmung mit den ähnlichen Vorhaben ergreifen wurde, war die Kenter beobachtet, zur Verteilung des

Gefandtschaftsareals notwendig. Da die Tore des russischen Grundstücks geschlossen waren, kehrten antirussische Seute über die Mauer und liegen dann die Wächter der anderen Mauer hin.

Nach einer Landnahme aus Schanghai fest Tschangtschai keine Vermittlung für die Bildung einer antibolschewistischen Regierung. Tschangtschai werde nicht nur von Polizei und Militär, sondern auch von der Kaufmannschaft des Südens unterstützt. Die Verhältnisse gebe beson-  
Für bessere Ahtierung über die Lage in China sei noch mitgeteilt, daß in Kwangtung drei Regierungen am Ruder sind. Die Nordregierung in Kanton, die unter Maréchal Tschangtschai steht, ist antibolschewistisch eingestellt. Die zweite Regierung unter Tschangtschai wurde vor einigen Tagen in Schanghai und Nanjing ausgerufen. General Tschangtschai, der an ihrer Spitze steht, hat sich von seinen bisherigen Parteigängern, der dritten kommunistischen Regierung in Kanton, getrennt, da sie ihm zu radikal wurde. Er sucht jetzt Verbindung mit Tschangtschai, um dann wahrscheinlich gemeinsam gegen Kanton zu marschieren.

## Grenzabkommen über die zweite Besatzungszone.

Eine Bekanntmachung

des Oberpräsidiums der Rheinprovinz.

Das Oberpräsidium der Rheinprovinz gibt bekannt: Durch Abkommen vom 9. April 1927 zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und der internationalen Rheinlandkommission ist die nördliche Demarkationslinie der zweiten Besatzungszone nunmehr bis einschließlich der Eisenbahnlinie nach T. in Kraft. Die Demarkationslinie wird hauptsächlich von Landstraßen und Eisenbahnlinien gebildet. Um das der Besatzung auf diesen Linien zugehörige Verkehrsrecht auch im Interesse der deutschen Bevölkerung reibungslos zu gestalten, sind folgende Übergangsregeln festgesetzt worden, die je nach den örtlichen Verhältnissen gewisse Gebiete nördlich und südlich der Demarkationslinie umfassen. Die Besatzung hat Angehörige für die Ausübung des Besatzungsregimes in gewissen Teilen des noch besetzt bleibenden Gebietes gemacht. So soll das Rheinland grundsätzlich von der Besatzung frei bleiben, und von Kontingenzen der Personalausweise soll dort möglichst abgesehen werden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz fordert in einer Bekanntmachung, die in den Übergangsbereichen zum Ansich genommen ist, die Bevölkerung auf, das Verkehrsrecht der Besatzung zu respektieren. Ruhe und Ordnung müsse unter allen Umständen gewahrt werden.

## Raubüberfall auf einen Zug in Mexiko

200 Passagiere getötet.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, überfielen Banditen den von Guadaluajara kommenden Zug. Sie verschloßen die Türen und ließen den Zug in Brand, so daß sämtliche Reisende, 180 Männer, Frauen und Kinder, unter furchtbaren Schreien bis zur Untertafel verbrannten.

Wie der amtliche amerikanische Funknachricht meldete, bietet die Stelle, an der der nach Mexiko City unterwegs befindliche Eisenbahnzug von mexikanischen Banditen überfallen und mit allen Reisenden verbrannt wurde, ein grauenhaftes Bild der Verherrlichung. Der Angriff auf den Zug, in dem sich etwa 600 Reisende befanden, wurde von 600 wohlausgerüsteten Banditen vollführt, nachdem der Zug zum Entgleisen gebracht worden war. Die Passagiere versuchten, sich durch die Fenster aus dem brennenden Zuge zu retten, wurden jedoch vor einem Schnellfeuer der Banditen ergriffen. Alle Personen, die nicht mehr fliehen konnten, wurden in den letzten Wagen gedrängt, die dann mit Öl übergeben und in Brand gesetzt wurden. Die Leichen des Oberpräsidenten Oregon wurde aus dem Wagen gerettet und erschlagen. Der mexikanische Kriegsminister hat persönlich mit einer Kavallerieabteilung die Verfolgung der Banditen aufgenommen. Nach den letzten Meldungen befürchtet man, daß die Zahl der Toten 200 übersteigen wird.

## Große Erregung in ganz Mexiko.

Die vorliegenden Meldungen überleben die früheren Berichte über den Zugüberfall nach. Ganz Mexiko ist auf allehöchste erregt und die Regierung hielt es für besser, eine Jentur für alle Bahnhöfen nachrichten einzuführen. Die Rebellen sollen über 500 bis 1000 Mann verfügt haben. Sie rissen nahe Ximón im Staat Jalisco die Schienen auf, so daß der Zug zunächst entgleiste. Präsident Calles erteilte eine Verfügung, worin die zuständigen Zentralbehörden zu rücksichtsloser Verfolgung der Rebellen und zu allerstrengsten Maßnahmen aufgefordert werden. Hilfszüge sind an der Mordstelle ausgefahren und große Truppenaufmärsche nahmen die Verfolgung auf. Mexikanische Kavallerie drückt vielfach die Vermutung aus, daß die Rebellen die Grenzlinien begünstigen, um die Regierung Calles vor dem Zustand in Mitleidenschaft zu bringen.

An der Spitze des Verbrechens werden dauernd weitere Leichen geerntet. In dem überfallenen Zuge befanden sich zwei Pullman-Wagen und verschiedene Wagn-

wagen erster und zweiter Klasse. Die Reisenden waren meistens Walfahrer, die in der Diözese die berühmte Kathedrale von Guadaluajara aufsuchen wollten.

## Der Todeszug von Limón.

Mexiko über das von mexikanischen Banditen der Limón vertriebene Eisenbahnzug wurde durch die Einzelheiten bekannt. Die politische Bedeutung des Zuges leitete den Banditen 3/4 des Überfalls, bis der letzte Salbat geblieben war. Dann ritten die Räuber den Zug und gingen mit Messen und Pistolen gegen ihre Opfer vor, unter ihnen ein entsetzliches Schicksal anrichteten. Die Überlebenden wurden in die Station geschleppt und diese mit Petroleum übergossen, die Banditen jagte, die verblieben, dem 3. Januar zu entgehen, wurden niedergeschossen oder es wurden ihnen mit Geschossen der Schmelz getötet. Präsident Calles hat angeordnet, daß der Verhaftung die Operationen gegen die Banditen persönlich leiten soll und hat Befehl gegeben, diese bis über lebendig gelangen.

Die entsetzliche Tat wurde zwischen Guadaluajara und Limón verübt. Guadaluajara hat mehr als 100 000 Einwohner und ist die Hauptstadt des Staates Jalisco, der der größte der mexikanischen Staaten ist und an den Grenzen des Staates Guadaluajara, in der Talebene des Staates Jalisco gelegen, ist gleichzeitig die zweitgrößte Stadt Mexikos. Der kleine Ort Limón liegt dicht bei Guadaluajara und gehört ebenfalls zum Staat Jalisco. Die Hauptstadt von Jalisco besitzt eine Universität, eine Garnison und ist ein großer Platz für den Handel, der hier zum Teil von Ausländern betrieben wird.

## Politische Rundschau

Deutsches Reich

Ein Hindenburg-Diner in Hannover.

Reichspräsident von Hindenburg, der am Sonnabend aus Hannover nach Berlin zurückkehrte, wird am in Kassel's Hotel ein Diner, zu dem die Herren der Behörden und Privatpersonen aus einem früheren Bekanntheitskreis geladen waren. Unter den etwa fünfzig Gästen sah man den Oberpräsidenten Hesse, Oberbürgermeister Menge, den Präsidenten der Reichsbahn, Dr. Seibel, den Präsidenten der Reichspost, Seeger, den Präsidenten des Landesfinanzamtes, Schubarth, und andere führende Persönlichkeiten neben Vertretern von Handel und Industrie.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der gegenwärtig in Holland weil, sprach sich einem Journalisten gegenüber über die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Die glänzenden Fortschritte, so sagte der Minister, die die italienische Industrie gemacht hat, gestatten Italien einen lebhaften Warenanstausch mit allen Ländern. Hierzu gehört insbesondere Deutschland, das gegenwärtig der stärkste Abnehmer italienischer Erzeugnisse ist. Ich hoffe, daß die italienisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sich in Zukunft noch intensiver gestalten werden, wenn auch noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß bei den bevorstehenden Wahlen und wachsendem Verständnis für die Interessen des anderen Teiles es beiden Ländern gelingen wird, die noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen.

## Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz.

Berlin. In unterrichteten Kreisen röhmt man damit, daß die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf beginnt, ihre eigentliche Arbeit nach einer niedrigen Generaldebatte in die Ausschüsse verlegen wird, die von Zeit zu Zeit auch gemeinschaftliche Sitzungen abhalten werden, bis eine Vollendung die Konferenz abschließt. Die deutsche Sachverständigenkommission besteht außer den von der Regierung ernannten Herren aus einem Mitglied, das von der Internationalen Handelskammer, und aus Frau Dr. Völkner, die vom Völkerverbund ernannt worden ist.

## Polnischer Soldatentzug durch Grenzschutztruppen.

Warschau. Die die polnische Militärregierung „Hoffa Brodka“ mittel, haben Kriegsminister General Piłsudski und Minister des Innern General Szlachetkiewicz dem Minister der Entwurf einer vom Staatspräsidenten zu erlassenden Verordnung einereicht, wonach ebenso wie in den Armaturen der Grenzschutz und der Soldaten in der gesamten polnischen Grenze, also auch im Westen und im Süden, den militärisch organisierten, entsprechend zu verstärkten Grenzschutztruppen übertragen werden soll. Wie das Blatt behauptet, werden die Wehrkräfte dieser Maßnahme reichlich aufgeworben werden durch Vorrede allgemein fanatischer Natur.

## Frankreich.

Die französischen Sozialisten zur Abrüstungsfrage. Der sozialistische Kongreß in Lyon hat seine Arbeiten beendet. Zur Frage der Entwaffnung hat er eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Die Abrüstungsbeschränkung ist als erste Etappe einer ernstlichen und allgemeinen Abrüstung anzusehen, die notwendigerweise der Entwaffnung Deutschlands, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, folgen muß. Diese Abrüstung muß sich auf alle Waffengattungen erstrecken sowie auf alle chemischen oder sonstigen Kampfmittel, und zwar mit einer Regelung über unter der Autorität des Völkerverbundes und durch Förderung der Wehrkräfte des Völkerverbundes getroffen werden als durch Sonderabkommen zwischen den Regierungen. Es ist nötig, auf die Regierungen einen Druck auszuüben, die von den Völkerverbänden bereits vorgesehenen Abrüstungsmaßnahmen zu realisieren. In diesem Zweck wird eine kräftige Kampagne angeregt.







## Die sparsame Hausfrau verwendet Maggi's Würze.

dem wenige Tropfen machen blumige Suppen, Fleischbrühe, Mehl- und Soßen leicht wärmend und beföhlich. Borsäurehaltig. Bezug in großen pharmazeutischen Drogengeschäften zu 25 Pf. 50.



Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.

## Evangelische Bischöfe?

Bischof Kott Superintendent.

Zu der in letzter Zeit so lebhaft umstrittenen Frage der Einführung des Bischofsamts für höhere evangelische Geistliche wird uns von berufener Seite geschrieben:

Berlin, 21. April.

Am 22. April tritt die Preussische General-Synode in Berlin-Charlottenburg zu ihrer außerordentlichen Sitzung zusammen, die auf eine Dauer von etwa drei Wochen berufen ist. Der Tagung kommt bekanntlich besondere Bedeutung zu. In der Öffentlichkeit gehen die Meinungsäußerungen schon seit Wochen lebhaft hin und her. Zunächst handelt es sich ja um die höchste Synode der größten evangelischen Landeskirche Deutschlands, zu der fast 20 Millionen Gemeindeglieder gehören. Auch außerhalb der deutschen Landesgrenzen wird der Tagung weitestgehende Aufmerksamkeit entgegengebracht, weil die Evangelische Kirche der Altprovinzen ein besonderes Gewicht hat. Ihre gegenwärtige Tagung bekommt besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß diese General-Synode zum ersten Male eine Synode sein soll, die sich nicht nur mit dem Präzedenzfall der Synode selbst wie auch der Kirche, die sie vertritt, aus. Nachdem nämlich durch Staatsgesetz die Trennung der Kirche vom Staat beschlossen und erlassen wurde, sind die Synoden in der Provinzverwaltung aufgelöst. Versammlungen der General-Synode zur höchsten gegebenenfalls Anstalt der Kirche erhoben hat, wird sie nunmehr ihre ersten allgemeinen Synoden in der Provinzverwaltung aufgelöst. Versammlungen der General-Synode zur höchsten gegebenenfalls Anstalt der Kirche erhoben hat, wird sie nunmehr ihre ersten allgemeinen Synoden in der Provinzverwaltung aufgelöst.

Von den 216 Mitgliedern der General-Synode werden über zwei Drittel von den Provinzialparlamenten oder ausserordentlichen Provinzen gewählt. Zudem gehören zu ihr sämtliche General-Synodenpräsidenten der Landeskirchen und die Vorsitzenden der Provinzialparlamente, Vertreter der theologischen Fakultäten, der großen evangelischen Vereinigungen und -bünde, der Religionslehrer und Kirchenbeamten. An weiblichen Abgeordneten zählt sie nicht. Von der Gesamtzahl sind ein Drittel Geistliche und zwei Drittel Laienangehörige.

Unter den Gesetzentwürfen, welche der in der vorigen Session gewählte Kirchenrat für die gegenwärtige Tagung einbrachte, steht vor allem das Gesetz über die Kirchenverfassung. Dieses Gesetz hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Hierbei handelt es sich um die Frage, ob die General-Synoden in Zukunft diese Verfassungsorgane behalten sollen oder ob ihnen die Bestimmung „evangelischer Bischof“ gegeben werden soll. Im Zusammenhang damit verbindet die Gesetzesvorlage die Änderung des Titels Superintendent in „Bischof“, wie sie in Württemberg bereits gewirkt worden, ein Beispiel, wie die in den östlichen und nördlichen Provinzen bisher noch fremd ist. Seit dem Zusammenbruch der Weimarer Republik hat eine lebhafte Diskussion von allen Seiten herbestanden. Das für- und wider ist in unerschöpflicher Anzahl erörtert worden. Die Worte Superintendent und General-Synodenpräsident haben sich um ihres sprachlichen Charakters willen im Volksleben nicht recht eingebürgert. Die Freunde des Bischofsamtes erwarten von der Einführung eines Bischofsamtes bereits ein gewisses Maß an Anerkennung der Kirche, die in der öffentlichen Meinung dieses Amtes, dem die Verfassung eine besondere Stellung im Aufbau der Kirche gewährt, wie die Bestimmung in vielen evangelischen Kirchen des In- und Auslandes bereits eingeschlagen ist. Eine Änderung der Amtsbezeichnung wird wieder in der Gesetzesvorlage noch in den Bestimmungen der „Bischofs“-Freunde damit verbunden. Die Gegner dieser neuen Amtsbezeichnungen befürchten dagegen andere Schwierigkeiten von dem Amt, die dem Charakter der evangelischen Kirche fremd sind. Zu diesen Gegnern gehören vor allem Mecklenburg und Westfalen.

Ein weiterer entscheidender Punkt der Verhandlung ist die Regelung der Vorherrschaft der Provinz. Entgegen dem weitestgehend neuen Verhältnissen und ihrer mancherlei neuen Anforderungen an die Träger des geistlichen Amtes soll die Endinstanz um ein ganzes Jahr verlängert werden, so daß jeder künftige Provinzialparlament hier seine auf einer gesetzlich staatlichen Universitäten basiert haben muß, ehe er zum ersten Gremium gelangen wird. Auch die praktische Ausübung vor dem zweiten Gremium fest zu erwarten werden, indem jeder ein Jahr weiter und ein weiteres Jahr Mitglied eines Provinzialparlamentes sein muß. Im Zusammenhang damit wird die Frage erörtert werden müssen, auf welchem Wege die Zahl der Provinzialparlamente erhöht werden kann. Eine Möglichkeit soll hier darauf gesetzt werden, daß für einzelne Gebiete der Pfarramtverhältnisse festgestellt werden sollen.

Mit großer Erwartung sieht man auch der bevorstehenden Ausdrücke über den Religionsunterricht der Schule entgegen.

## Abbruch des Residenzschlosses in Dessau?

Wie bekannt geworden ist, geht man in Dessau mit dem Plane um, das herzogliche Palais an der Kavalierstraße niederzubrechen, und an seiner Stelle soll eine Hauptkaserne oder ein Platz für Wohnhäuser geschaffen werden. In der Bürgerfrage hat sich erheblicher Widerspruch gegen den Abbruchplan erhoben. Die Regierungsbehörden erklären, dem Anstoß zu dem Vorhaben

die Gesetzesvorlage des Kirchenrats hierüber ist veröffentlicht worden und schlägt eine Regelung vor, die den berechtigten Anforderungen sowohl der Staatsmacht wie auch der Religionsfreiheit und auch der evangelischen Kirche an der Erziehung ihrer Kinder Rechnung zu tragen sich bemüht.

Pfarrer Müller-Schlanta, Dessau.

Die Kirchenfrage ist da! Es liegen bereits genaue Anweisungen über die Verteilung und Verwendung der Kirchenfrage vor. Bei Trauung wird die Frage mit einem Trauerer versehen, welcher zu einer breiten doppelteigigen Schicht zusammengelegt und in fünf Becheln wird, auch bei verlängerten Fingern für Fingerringe ein Paar angebracht, und zwar in der Länge der Normalgröße: Länge = doppelte Breite. Vermählt wird man sehr bald allemals die Kirchenfrage zu Gesicht bekommen.

Stipendien für Studierende der Theologie. Dem Evangelischen Oberkirchenrat sind der Herr. Schatz 4500 Mark zur Gewährung von Stipendien an bedürftige Theologiestudenten überwiesen worden. Alle Stipendiaten kommen für das Semester 200 Mark in Frage. Die Stipendiaten können auch Philologen gewählt werden, die sich hinsichtlich der Befähigung für evangelischen Religionsunterricht an evangelischen Schulen erwerben wollen.

Stipende der deutschen Kirchenämter. Ein wichtiger Teil der engeren Heimatgeschichte überhangt die deutsche Kirchengeschichte, die sich auf die ältere Generation, die Kirchenämter und die Generalvikariate stützt. Um den Sinn für die Frage deutscher Kirchengeschichte unter den Pfarrern zu heben, veranstaltet der Verein für Kirchengeschichte in der Provinz Sachsen am 21. Juni in Halle einen ein-tägigen Lehrgang für ortsausschüssliche Fortbildung. D. A. d. L. G. der langjährige Schriftführer dieses Vereins, in dessen Vorstand er tätig ist, wird die Leitung des Lehrganges übernehmen. Er geht als einer der besten Kenner der Theologie der 17. Jahrhundert, besonders befaßte er sich mit der Geschichte des Schwebenlandes Göttingen Adorf.

## Gereimte Zaubüder.

Von G. Sibij.

Die Osterlieder sind verklungen.

Nun lebt man von Erntezählungen.

Und kommt nach rechtlichen Bedürfnissen

Dazu, das sagt sich'n zu müssen.

Man sieht den Mensch den Beifall zueilen

Im additionsweg auszuprägen,

Was die diversen Obergängen

Ihn zirlen so gelohnt haben.

Und rechnet er sich das zusammen,

Seht er: Ich bin in einem flammigen

Geist und weiß nicht im geringsten:

Wie ich weiter nun bis Pfingsten?

Je doch nach einiger Erregung

Denkt er mit flüchtiger Überlegung:

„Ich hat jetzt keine Zeit verbummeln,

Ich muß die anderen beschummeln!“

So bringt in seinem „Milde“

Er bald sich wieder in die Höhe

Und kann sich dies und jenes ändern,

Was die, wo bald sind, nie nicht können.

Er trat am Abendtag die Hände

Und macht am Sonntag „Wochenende“

Und tut den Freiheitskampf beschwichtigen

Und außerhalb der Welt beschickigen

Und kommt von der Kulturbedeutung

Direkt zu der Naturbedeutung

Und schmacht und reißt sich mit Worten

Und hat im Herzen reinweg Sonne.

Und nach solchen Sonntagstagen

Spricht er geblüht dem bei Weinern:

„Wir machen „Mietten“ alle Tage!“

Am Montag dann, ganz neu belebt,

Sieht er bei Kredit und bei Debet

Und macht die alten Rechenfehler

Und wird der frühere Krafteleer.

## Billige Strompreise

können nur kommen, wenn die Ausnutzung der Anlagen der Nebenlandwerke günstiger wird — oder mit anderen Worten — wenn der Stromverbrauch steigt. Das ist eine Tatsache, der niemand widersprechen kann, der sich überhaupt einmal ernstlich mit diesen Fragen beschäftigt hat.

Es kam also jeder einzelne Stromabnehmer dazu beitragen, daß das von ihm erzielte Ziel, nämlich die Senkung des Preises für die Kilowattstunde, möglichst bald erreicht wird. Die Elektrizitätswerte haben ein großes Interesse an der möglichst weitgehenden und vor allem gleichmäßigen Ausnutzung ihrer Anlagen und sind durchaus bereit, jedem Preisergänzungsmittel zu gewöhnen, der dieses technisch wie wirtschaftlich äußerst erprobene Ergebnis zu erzielen hilft.

Das ist der Fall auch in Dessau und Herzogshaus gegeben. Außerdem ist der 1887 erbaute Palast, den die Stadt für eine Willson Farm erwarb, architektonisch wertlos, Umbaukosten und Steuerlasten aber zu hoch. In der Bürgerfrage will man die Maßnahme durch eine große Protestaktion zu verhindern haben. Unser Bild zeigt die Kavalierstraße mit dem (früher) daran gelegenen Palast.

Man braucht ja nur die in den letzten Jahren neu herausgenommenen Tarife anzusehen, um das zu erkennen. Betrachtet man zum Beispiel die aus hier am meisten interessierenden Tarife der Landkraftwerke, so sieht man, daß der Hausaltungsstarf ohne weiteres jedem einzelnen Stromabnehmer die Gelegenheit gibt, mehr Strom zu beziehen, ohne daß seine Stromrechnung im gleichen Tempo wächst, wie es bei dem alten Tarif der Fall sein würde. Der Hausaltungsstarf ist ein Grundgebührenstarf. Er wird jedem Verbraucher auf Antrag zugewiesen. Die Grundgebühr beträgt pro Monat 30 Pf. — für die Haushaltung und dazu 15 Pf. für jede im Haushalt schließfallert Lampenanschlußstelle, wobei Steckdose nicht mit zähler und im übrigen auch die Zahl und Kreisfrequenz der Glühlampen keine Rolle spielt. Auch die Zählermeister, die nach dem alten Tarif zu zahlen ist, fällt dem Hausaltungsstarf weg. Die Kilowattstunde wird zum Kronenpreis, der jetzt 25 Pf. pro Kilowattstunde beträgt, berechnet.

Näheres teilen die Landkraftwerke auf Wunsch gern mit.

Hier sei nur so viel festgesetzt, daß zum Beispiel ein Haushalt von 10 Personen, der im Jahre 160 Kilowattstunden verbraucht, und dafür bisher 30 Pf. — bezahlte nunmehr (160/50 Pf. für jede Kilowattstunde und 12/50 Pf. Zählermiete), nach dem Hausaltungsstarf für denselben Verbrauch nur 30 Pf. 70 — zu bezahlen hat. (12/1 — Anschlußgebühr für den Haushalt, 10/10 Pf. für 10 Lampenanschlußstellen und 160/25 Pf. für jede Kilowattstunde). Der Preis für die Kilowattstunde hat sich in diesen Hausaltungen durch die Wirkung des Hausaltungsstarfs von durchschnittlich 53,75 auf 43,75 Pf. ermäßigt. Es ist also nicht zu bezweifeln, daß der Hausaltungsstarf bei entsprechendem, und zwar durchaus nicht anormal hohen Verbrauch eine ansehnliche Verbilligung des Stromes bringt. Dabei braucht an der Anlage selbst wie an Zähler nichts geändert zu werden.

Für Geschäftsbetriebe haben die Landkraftwerke einen genau nach Art des Hausaltungsstarfs angeordneten „Geschäftstarf“ geschaffen, der sich nur durch die Gebühr für die Lampenanschlußstelle, die 25 Pf. pro Monat beträgt, von dem ersten unterscheidet.

Diese Tarife wollen offenbar allgemein zu jeder Tageszeit eine erhöhte Benutzung der Anlagen ermöglichen. Man gibt es aber im Betriebe eines Kraftwerkes an jedem Tage verschiedene Stunden, wo normalerweise außerordentlich wenig Strom abgenommen wird, b. h. also, wo die Ausnutzung der Anlagen ganz außerordentlich ungenügend ist. Das gilt für die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, für die Mittagsstunden, wo die Industrie ruht, und die Stunden am Spätnachmittag, wo ebenfalls die Industrie ihre Motoren bereits stillgelegt hat und die Beleuchtung noch nicht gebraucht wird. In diesen Zeiten müssen natürlich die Stromerzeugungs-Maschinen genau so laufen wie sonst; es fließt also dieselbe Menge Strom zur Verfügung, die sich nicht von den Verbrauchern beansprucht, weil ihre Verwendung für die im Haushalt vielfach in den fraglichen Stunden in Betracht kommenden Zwecke bei einem Preise von 50 Pf. pro Kilowattstunde zu teuer kommt. Hier soll nun der Heiz-Koch-Tarif, den die Landkraftwerke mit Wirkung ab 1. April 1927 jedem Stromabnehmer einräumen, einen Ausgleich schaffen. Der Heiz-Koch-Tarif soll jedem Stromabnehmer eingeräumt werden, der sich für Heiz- und Kochzwecke einen besonderen Stromkreis mit einer besonderen Doppelzähleranlage (monatlich Miete 20 Pf. 150 —) legen läßt, um hier alle für den Haushalt so überaus praktischen Heiz- und Koch-Geräte anschließen zu können. Es entsteht also in einem hohen Haushalt neben der bisherigen Installation, die gänzlich unberührt bleibt, eine kleine, vollkommen selbständige Anlage, an die nur Heiz- und Koch-Apparate, nicht aber Beleuchtungsformer und Motoren, angeschlossen werden dürfen. Für solche Anlagen wird dann der Strom zu dem außerordentlich billigen Preise von 15 Pf. für die Kilowattstunde in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends und zu einem Preise von 6 Pf. für die Kilowattstunde in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens abgegeben. Die Landkraftwerke rechnen offenbar damit, daß diese billigen Preise zu wirklich großzügiger Verwendung des elektrischen Stromes für Heiz- und Kochzwecke anregen werden und erhoffen daraus für sich den Vorteil einer besseren Ausnutzung ihrer Anlagen in der Zeit, wo sie bis jetzt noch kaum zu fliegen.

Mancher unserer Leser wird nun glauben, mit dem billigen Strompreis von 15 Pf. in der Nacht sei leider nicht viel anzufangen, denn der Nacht solle es niemanden ein zu fuchen — da wolle jeder seine Ruhe haben. Und doch ist die Ausnutzung des billigen Nachtstromes in den fast bekannten Weise möglich. Es sind nämlich ausgedehnt für diesen Zweck besondere Apparate konstruiert, die automatisch arbeiten, und zwar so, daß sie in der Nacht die durch den Strom erzeugte Wärme aufspeichern, um sie am Tage abgeben zu können. Sicher gehören die Kesselbündel und die Heizwasserpeicher. Die Verbindung des elektrischen Kesselbündels mit Kesselrohr befindet sich darauf, daß er zu irgend einer Tageszeit mit Kesselrohr unter geringem Wasserdruck gefüllt wird. Der Strom schaltet sich dann automatisch ein und nach Beendigung der Dampfung wieder aus. Morgens kann das fertige Dampfgefäß ferner entnommen werden. Die Stromkosten einer Dampfung betragen 22 bis 33 Pf. je Zener Kesselrohr. Daß diese Dämpfe auch noch für andere Zwecke (Sterilisieren von Früchten, Kochen der Wäsche usw.) verwendbar sind, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Ein zweiter Apparat zur Ausnutzung des billigen Nachtstromes ist der Heizwasserpeicher. Auch er arbeitet vollkommen automatisch; er besitzt eine Negler-Einrichtung, die in zweifacher Weise dafür sorgt, daß morgens der Inhalt des Heizwasserpeichers (25, 50, 90, 120 Lit.) mit einer Temperatur von 90—95° Celsius, also beinahe Raumtemperatur, zur Verfügung steht. Das Wasser kann nun im Laufe des Tages entnommen werden; die gute Wärme-Isolierung bewirkt, daß eine nennenswerte Abkühlung nicht eintritt. Die Stromkosten betragen je Liter 1/2 Pfennig. So sind beide Apparate durchaus wirtschaftlich und an Bequemlichkeit und Ersparnis an Arbeitskraft unübertrefflich. Tagsüber können nun nach dem Heiz-Koch-Tarif alle Küchen-Apparate, die ja unternommen werden in mannigfacher Ausführung bekannt sind, in Benutzung genommen werden und auch hier ist der Strompreis von 15 Pf. pro Kilowattstunde zu bemerken, daß die Betriebskosten der elektrischen Küche kaum höher sind, als die eines Kohlenherdes, zumal wenn man die ungenügende Annehmlichkeiten der elektrischen Koch-Apparate, die durch erstgesehene Ersparnis an Zeit und Arbeit und die bessere Qualität der Speisen in Gebetsmüt ungenügend, was bei den häufigsten Vergleichsrechnungen allerdings nicht vergessen wird.

Man sieht an der Art und Weise, wie diese Tarife aufgebaut sind, ganz deutlich, daß mit aller Konsequenz der Grundgedanke — Gute Ausnutzung der Anlagen — billige Strompreise — in die Tat umgesetzt wird. Es liegt nur an den Stromabnehmern, sich die hieraus sich ergebenden Vorteile auch zunutze zu machen.









# Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheinungszweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0,85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kisleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22392

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Brudertagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Nebra.

Nr 32

Sonnabend, den 23. April 1927.

40. Jahrgang

## Oberschlesische Schulnot.

Der Beschlus, den der Völkerverbund nach den bestimmten Grundsätzen zwischen dem deutschen und dem polnischen Völkerverbund in Genf gefaßt hatte, ist bisher von politischer Seite einfach nicht ausgeführt worden. Nicht weniger als 7000 Anmeldungen oberösterreichischer Kinder bei den deutschen Völkerverbindungsstellen waren von den polnischen Schulbehörden beanstandet worden; in Genf blieben davon schließlich nur noch 2000 Beanstandungen übrig, die nun von dem Präsidenten der Genfischen Kommission, Calonder, unter Zuziehung eines schweizerischen Schulmannes zum einmal nachgespricht werden sollen, obwohl Calonder sie schon einmal als zu Unrecht bestehend bezeichnet hatte. Die oberösterreichische Volksschulejungenschaft der 2000 Schulkinder ebenso zu weiteren Besuch der polnischen Schule wie jene 1400 Kinder, die einer Entscheidung Calonders schon vom Dezember 1926 zufolge ganz unzulässig dem deutschen Stammes waren und den deutschen Völkerverbindungsstellen zugesandt werden sollten. Genesenermaßen geschied selbstverständlich etwa den Genfer Beschlüssen gemäß hinsichtlich der 2300 Kinder, bei denen von den Eltern die deutsche und die polnische Sprache als Muttersprache angegeben war, die Kinder nach dem Wunsch der Eltern die deutsche Schule besuchen sollten. Wer nicht geborcht wurde, wurde zunächst politisch zu hohen Geldstrafen verurteilt, und zwar erfolglos diese Verurteilungen in der Hauptsache erst nach den Genfer Vereinbarungen. Vielfach wurde gerichtliche Verurteilung seitens der deutschen Väter dagegen eingeleitet, aber ohne jeden Erfolg, weil sie in ganzen Massen nicht bloß wiederum zu hohen Geldstrafen verurteilt, sondern teilweise die polnischen Strafen selbst auch noch erhielt wurden. Damit gingen unter dem Druck des polnischen Westmartervereins massenhafte Arbeiter, Angehörige und Beamtenentlassungen Hand in Hand, nur weil deren Kinder deutsche Schulen besuchten. Das ganze war schärferer Hobn auf die Genfer Vereinbarungen.

Noch immer befinden sich heute — trotz des schweren polnischen Druckes — 2000 Kinder in der Schule, aber die polnischen Behörden haben sich endlich bereit erklärt, den Erlaß von Strafbeschlüssen einzustellen und die schwebenden Strafverfahren niederzulassen. Die noch im Strafbefehl befindlichen Kinder werden zunächst den Völkerverbindungsstellen zugesandt und der schweizerische Schulmann wird zwecks Sprachprüfung in den nächsten Tagen in Oberschlesien eintreffen.

Das schlimmste bei der Sache ist zunächst, daß die bisher schon gefaßten, teilweise sehr schweren polnischen und gerichtlichen Urteile bis heute in der Hauptsache der Volksschule gegenüber ausreicht betont. Die Entscheidung aber darüber, wer sein Kind in die deutsche Schule zu schicken berechtigt ist, hat nach wie vor nur der Präsident Calonder, der sich dabei auf das Gutachten des schweizerischen Vorkommens stützt. Schicksalslos haben aber alle Eltern das Recht, ihre Kinder in die Völkerverbindungsstellen zu entsenden; wie sich Calonder gerade den Wünschen der genfischsprachigen Eltern gegenüber verpflichtet, bleibt abzuwarten. Die deutschen Mitglieder der Genfischen Kommission werden aber nun alles daran setzen, daß auch die gefällten Strafbeschlüsse gelassen werden müssen; denn sie beinhalten einen klaren Verstoß gegen die Genfer Beschlüsse, die man sich polnischseits einfach nicht gegestimmt hat. Die Völkerverbindungsstellen für nationale Minderheiten hat sich um diesen politischen Vorstoß aber ebenso wenig gekümmert und ließ es sich außerdem gefallen, daß Calonder's Entscheidung vom Dezember 1926 gleichfalls umändert blieb.

Der schwere Druck, der gerade in der Schulfrage über den deutschen Minderheiten Oberschlesiens schwebt, wird hoffentlich wenigstens etwas behoben werden; aber er ist nur ein Ausweis auf dem trostlosen Wilde, wie das erst so blühende deutsche Schulwesen von den Polen heimlich ausgerottet wird.

## Der italienisch-jugoslawische Konflikt.

### Neue diplomatische Verhandlungen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist der Meinung, daß der Meinungsstausch zwischen Paris, Berlin und London über die Frage des italienisch-jugoslawischen Zwistes auf dem diplomatischen Wege wieder aufgenommen werden wird. Anschließend sind aber einigen Kreisen in Belgrad alle Teile dem Gedanken, die Frage im Völkerverbund zur Sprache zu bringen, abgeneigt, während andererseits das Problem nicht von der Völkerverbindungsstellen in Paris geregelt werden kann, da Deutschland nicht Mitglied der Völkerverbindungsstellen ist.

## Truppen in der Fesinger russischen Gesandtschaft.

Während einer antipolnischen Regierung. Die Rente meldet, haben bewaffnete Mächter der Protokollmächte die westliche Mauer der russischen Gesandtschaftsgebäude besetzt. Diese Maßnahme, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Behörden ergreifen wurde, war, wie Rente behauptet, zur Verteidigung des

Gesandtschaftsbezirks notwendig. Da die Tore des russischen Grundstücks geschlossen waren, flüchteten amerikanische Seeleute über die Mauer und ließen dann die Wächter der anderen Mächte hinein.

Nach einer Schwärzung aus Schanghai fest Tschangtschai keine Vermittlung für die Bildung einer antipolnischen Regierung. Die Völkerverbindung wurde nicht nur von Polen und Litauern, sondern auch von den Kaufmannschaften des Zinns unterstützt. Die Völkerverbindung geht besonders dahin, zu einer Einigung mit Tschangtschai zu kommen. Zur besseren Orientierung über die Lage in China sei noch mitgeteilt, daß im Nordosten dort drei Regierungen am Werke sind. Die Nordregierung in Peking, die unter Marshal Tschangtschai steht, ist antipolnisch und mächtigem Einfluss. Die zweite Regierung unter Tschangtschai wurde vor einigen Tagen in Schanghai und Nanjing ausgerufen. General Tschangtschai, der an ihrer Spitze steht, hat sich von seinen bisherigen Parteilagern, der dritten kommunistischen Regierung in Kanton, getrennt, da sie ihm zu radikal wurde. Er sucht jetzt Verbindung mit Tschangtschai, um dann wahrscheinlich gemeinsam gegen Kanton zu marschieren.

## Grenzabkommen über die zweite Besatzungszone.

### Eine Bekanntmachung des Oberpräsidiums der Rheinprovinz.

Das Oberpräsidium der Rheinprovinz gibt bekannt: Durch Abkommen vom 9. April 1927 zwischen dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und der internationalen Rheinlandkommission ist die nächste Demarkationslinie der zweiten Besatzungszone nunmehr im einzelnen festgelegt worden. Das Abkommen trat am 9. April d. J. in Kraft. Die Demarkationslinie wird hauptsächlich von Landstraßen und Eisenbahnlinien gebildet. Um das der Besatzung auf diesen Linien zugehörige Verkehrsrecht auch im Interesse der deutschen Bevölkerung reibungslos zu gestalten, sind lagernante Übergangsstellen gebildet worden, die je nach den örtlichen Verhältnissen gewisse Gebiete nördlich und südlich der Demarkationslinie umfassen. Die Besatzung hat Zugangsrechte für die Ausübung des Besatzungsregimes in gewissen Teilen des nach besetzt bleibenden Gebietes gemacht. So soll das Rheingebiet grundsätzlich von Besatzung frei bleiben, und den Kontrollen der Personalausweise soll dort möglichst abgesehen werden.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz fordert in einer Bekanntmachung, die in den Übergangsstellen zum Anschluß gekommen ist, die Bevölkerung auf, das Verkehrsrecht zu respektieren. Ruhe und Ordnung müsse unter allen Umständen gewahrt werden.

## Raubüberfall auf einen Zug in Mexiko

### 200 Passagiere erlödet.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, überfielen Banditen von Guadaluajara kommenden Zug. Sie verließen die Türen und ließen den Zug in Brand, so daß sämtliche Reisende, 180 Männer, Frauen und Kinder, unter schrecklichen Schreien bis zur Untertafel verbrannten.

Wie der amtliche amerikanische Funkmarsch meldete, bietet die Stelle, an der der nach Mexiko City unterwegs befindliche Eisenbahnzug von mexikanischen Banditen überfallen und mit allen Reisenden verbrannt wurde, ein sehr trauriges Bild. Die Leichen wurden von der Hitze, nachdem der Zug angehalten wurde, in die Luft gesprengt. Die Passagiere, die dem brennenden Zug entkommen sind, sind nicht mehr lebend zu sehen. Die Leichen wurden begraben und bestattet wurden. Die Leichen wurden in die Erde beigesetzt. Die Leichen wurden in die Erde beigesetzt.

Nach den letzten Zahlen der Toten 200 Passagiere erlödet.

wagen erster und zweiter Klasse. Die Reisenden waren meistens Wallfahrer, die in der Dierzeit die berühmte Kathedrale von Guadaluajara aufsuchen hatten.

## Der Todeszug von Limon.

Mexiko. Über das von mexikanischen Banditen bei Limon verübte Eisenbahnverbrechen wird jetzt noch nähere Einzelheiten bekannt. Die betreffende Besetzung des Zuges leitete den Banditenführer, der im Überland, bis der letzte Soldat gefangen war, denn unten die Häuser den Zug und gingen mit Messern und Pistolen gegen ihre Opfer vor, unter denen sie ein eisenbahnerisches Personal angriffen. Die Überlebenden wurden in die Station geschleppt und viele mit Petroleum übergesaugt. Der Banditenführer, der die Leichen, die verblieben, dem Feuer zu übergeben, wurden niedergeschossen oder es wurde ihnen mit Geschossen der Schadel zertrümmert. Der Banditenführer hat gleichzeitig die Leichen in die Operationen gegen die Banditen persönlich leitete und hat selbst gegeben, diese oft über lebendig gefangen.

Die eisenbahnerische Tat wurde zwischen Guadaluajara und Limon verübt. Guadaluajara hat mehr als 100 000 Einwohner und ist die Hauptstadt des Staates Jalisco, der der größte der mexikanischen Staaten ist und an den Stillen Ozean grenzt. Guadaluajara, in der Salcedo des Rio Grande de Santiago gelegen, ist gleichzeitig die zweitgrößte Stadt Mexikos. Der kleine Ort Limon liegt dicht bei Guadaluajara und gehört ebenfalls zum Staat Jalisco. Die Hauptstadt von Jalisco besitzt eine Universität, eine Garnison und ist ein großer Platz für den Handel, der hier zumest von Ausländern betrieben wird.

## Politische Rundschau

### Deutsches Reich

### Ein Hindenburg-Diner in Hannover.

Reichspräsident von Hindenburg, der am Sonnabend aus Hannover nach Berlin zurückkehrte, wird nach in der Reichshauptstadt ein Diner, zu dem die Führer der Behörden und Privatpersonen aus seinem reichweiten Bekanntheitskreis geladen waren. Unter den etwa hundert Gästen sah man den Oberpräsidenten Kasse, Oberbürgermeister Menge, den Präsidenten der Reichsbahn, Dr. Engel, den Präsidenten der Reichspost, Segel, den Präsidenten des Landesfinanzamtes, Dehnbach, und andere führende Persönlichkeiten neben Vertretern von Handel und Industrie.

### Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der gegenwärtig in Mailand verweilt, sprach sich einem Journalisten gegenüber über die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Die glänzenden Fortschritte, so sagte der Minister, die die italienische Industrie gemacht hat, geläuteten Italien einen lebhaften Warenanstrich mit allen Ländern. Hierzu gehört insbesondere Deutschland, das gegenwärtig der stärkste Abnehmer italienischer Erzeugnisse ist. Ich hoffe, daß die italienisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sich in Zukunft noch intensiver gestalten werden, wenn auch noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß bei gegenseitiger Rücksicht und nachsichtiger Verhandlung die Interessen des anderen Teiles des beiden Ländern getrieben wird, die noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen.

### Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz.

Berlin. In unterrichteten Kreisen nimmt man damit, daß die Weltwirtschaftskonferenz, die am 4. Mai in Genf beginnt, ihre eigentliche Arbeit nach einer mehrtägigen Generaldebatte in die Ausschnitte versetzen wird, die von Zeit zu Zeit auch gemeinsame Sitzungen abhalten werden, bis eine Vollendung der Konferenz absehbar ist. Die deutsche Sachverständigenkommission besteht außer den von der Regierung ernannten Vertretern aus einem Mitglied, das von der internationalen Handelskammer, und aus Frau Dr. Lübers, die vom Völkerverbund ernannt worden ist.

### Polnischer Soldat durch Grenzschutztruppen.

Warschau. Wie die polnische Militärzeitung „Kobla Jorka“ mitteilt, haben Kriegsmilitär General Pilsudski und Minister des Innern General Slabowski beim Minister der Entwurf einer von Staatspräsidenten zu erläßenden Verordnung einig, wenigstens ebenso wie in der Charkower Grenzschutz und der Soldaten an der gesamten polnischen Grenze, also auch im Süden und im Westen, den militärisch organisierten, entsprechend zu verfahrenen Grenzschutztruppen übertragen werden soll. Wie das Blatt behauptet, ist über die Rechtsform dieser Maßnahme reichlich aufgewogen worden durch Vorträge allgemein handlicher Natur.

### Frankreich

Die französischen Sozialisten zur Abrüstungsfrage. Der sozialistische Kongress in Lyon hat seine Arbeiten beendet. Zur Frage der Entwaffnung hat er eine Entscheidung angenommen, in der es heißt: Die Abrüstung, beschränkt ist als erste Etappe einer ernstlichen und allgemeinen Abrüstung anzusehen, die notwendigerweise der Entwaffnung Deutschlands, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, folgen muß. Diese Abrüstung muß sich auf alle Abrüstungskategorien erstrecken sowie auf alle chemischen oder sonstigen Kampfmittel, und zwar muß eine Regelung über unter der Autorität des Völkerverbundes und durch Förderung der Völkerverbindungsstellen getroffen werden als durch Sonderabkommen zwischen den Regierungen. Es ist nötig, auf die Regierungen einzudringen, daß sie sich verpflichten, die von den Völkerverbindungsstellen vorgezeichneten Abrüstungsmaßnahmen zu ratifizieren. In diesem Zweck wird eine kräftige Kampagne angeregt.